

## Solidarität ist keine Einbahnstraße: Weg mit Hartz IV

Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben bei den Massendemonstrationen der vergangenen Wochen gegen Hartz IV kaum organisierend eingegriffen. Von den Bundesvorständen wurde der Protest verbal begrüßt, alles andere aber den regionalen Gliederungen überlassen. Am 3. April noch waren die Gewerkschaften an der Organisation des Europäischen Aktionstages gegen Sozialabbau führend beteiligt. Jetzt, wo wiederum Zehntausende Menschen gegen Hartz IV auf die Straße gehen, stehen die Gewerkschaften abseits. Auf dem Perspektivenkongress Mitte Mai wurde von den Gewerkschaften, vor allem ver.di, versucht, das Bündnis mit den außerparlamentarischen Bewegungen zu vertiefen. Jetzt werden diese im Regen stehen gelassen.

Mit Hartz IV werden Erwerbslose gezwungen, für „Wohlfahrtsleistungen“ zukünftig so genannte 1-€Jobs anzunehmen. Per Gesetz wird so flächendeckend ein Niedriglohnbereich eingerichtet. Schon jetzt überschlagen sich Arbeitgeber, Wohlfahrtsverbände und Gemeinden mit Angeboten an „Arbeitsgelegenheiten“. Hartz IV bedeutet nichts weniger als einen Richtungswechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und wird unsere gewerkschaftliche Arbeit im Mark treffen.

Dennoch schränken die Vorstände von IG Metall und ver.di ihre Kritik an Hartz IV wieder ein. Jürgen Peters sieht eine „neue Qualität“ in den Gesprächen mit dem Bundeskanzler, Frank Bsirske fordert zu „differenzierter“ Beurteilung der Hartz-Gesetze auf. Die von den verschiedenen örtlichen und überregionalen Bündnissen für den 2. Oktober geplante Großdemonstration in Berlin wird von den Bundesebenen der Gewerkschaften nicht unterstützt. Statt dessen heißt es u.a. bei ver.di: *„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt spricht mehr für die Fortsetzung und Intensivierung der regionalen Aktivitäten.“* Eine Beerdigung zweiter Klasse! Angesichts des massiven Abbaus sozialer Rechte der lohnabhängig Beschäftigten – denn auch Erwerbslose sind Lohnabhängige – warnt der DGB-Vorsitzende Sommer sogar vor „Rattenfängern“.

Gewerkschaftliche Solidarität sieht anders aus!

Die Proteste und Demonstrationen gegen Hartz IV bieten die Gelegenheit eines strategischen Bündnisses zwischen Gewerkschaften, Erwerbslosen- und sozialen Initiativen. Und dieses Bündnis ist nötiger denn je. Die Massenarbeitslosigkeit übt schon jetzt enormen Druck auf Löhne und Arbeitszeiten. Unsere Tarifverträge bekommen immer mehr Löcher und Risse. Hinter der reihenweisen Erpressung der Belegschaften steht die Angst vor Arbeitslosigkeit. Zwischen fünf und sieben Millionen Erwerbslose konkurrieren mit rund 25 Millionen Vollzeit- und weiteren rund vier Millionen Teilzeitbeschäftigten um Lohnarbeit. Mit Hartz IV wird diese Konkurrenz noch wesentlich schärfer.

Ob beim Kampf der IG Metall für die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland, ob im Kampf gegen die Privatisierung im öffentlichen Dienst: zu oft müssen wir die fehlende öffentliche Unterstützung beklagen. Es liegt an uns, dies für zukünftige Kämpfe zu ändern. Hartz IV, Agenda 2010, Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkungen – all dies sind gesellschaftliche Angriffe, denen wir ein gesellschaftliches Bündnis entgegensetzen müssen. Wenn wir Solidarität einfordern, müssen wir selber solidarisch handeln.

Wir unterstützen die Großdemonstration am 2. Oktober 2004 in Berlin und fordern die Bundesvorstände der Gewerkschaften auf, diese Demonstration ebenfalls zu unterstützen. Die Folgen von Hartz IV werden erst in ein paar Monaten voll zu Tage treten. Der Kampf gegen Hartz IV und die Agenda 2010 endet nicht am 1. Januar 2005.

Sebastian Gerhardt (GEW), Daniel Behruzi (ver.di), Stefan Müller (IG Metall), Angelika Wernick (ver.di), Steffi Nitschke (ver.di, Betriebsrätin Klinikum Kassel), Andreas Vogt (ver.di, Personalratsvorsitzender Bezirksamt Berlin-Mitte)

Ich möchte diesen Aufruf unterstützen:

Name, Adresse, Email, Gewerkschaft, Funktion

Kontakt: Stefan Müller, 030 / 44 67 47 48, [mueste300@web.de](mailto:mueste300@web.de)

Sebastian Gerhardt, Fax: